



Parlamentarische Einblicke für die **Region Trier**

Berliner **Einblick :**

28. November 2014 | Nr. 13

Niemand kann für einen anderen bestimmen

Orientierungsdebatte zur Sterbehilfe

von *Katarina Barley*

Darf ein Mensch, der todkrank ist, Schmerzen hat und verzweifelt ist, Hilfe zum Sterben bekommen? Mit dieser Frage hat sich der Deutsche Bundestag am 13. November 2014 erstmals in einer sogenannten Orientierungsdebatte auseinander gesetzt.

Im Rechtsausschuss bin ich für das Thema Sterbehilfe die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion. Dabei geht es aber nicht nur um juristische und medizinische, sondern auch um wichtige ethische und persönliche Fragen. Bei Gewissensentscheidungen sind im Bundestag

ging es vor allem um die Frage, ob Ärzten eine Beihilfe zur Selbsttötung – also ärztlich assistierter Suizid – ausdrücklich erlaubt werden sollte und um ein mögliches Verbot organisierter Sterbehilfevereine.

Ich arbeite mit am Gruppenantrag von Karl Lauterbach, Carola Rei-



Liebe Leserinnen und Leser,

im November bin ich als ordentliches Mitglied vom Europaausschuss in den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz gewechselt. Dem Europaausschuss bleibe ich als stellvertretendes Mitglied erhalten.

Mein neues Aufgabengebiet umfasst Fragen der Bioethik und des Verfassungsrechts. So habe ich unter anderem das Thema Sterbehilfe als Berichterstatterin übernommen. Diese wichtige Entscheidung muss sorgfältig vorbereitet und abgewogen werden. Mehr dazu in diesem Einblick und ganz sicher auch in den kommenden Ausgaben.

Liebe Grüße

Katarina



Eine fachlich fundierte Begleitung durch Ärzte ist ein Gebot der Menschenwürde

Foto: Albrecht E. Arnold / pixelio.de

Gruppenanträge üblich, bei denen Abgeordnete fraktionsübergreifend Gesetzesinitiativen erarbeiten. Die bisherige Rechtslage und die wichtigsten Begriffe sind im Kasten auf Seite zwei erklärt.

man und anderen, da er meiner persönlichen Einstellung am meisten entspricht: Niemand kann für einen anderen bestimmen, wann ein Leiden nicht mehr erträglich ist. Wichtig ist, dass jeder Mensch die bestmögliche Behandlung und Schmerztherapie be-

In einer ersten Orientierungsdebatte

Fortsetzung: Niemand kann für einen anderen bestimmen

Orientierungsdebatte zur Sterbehilfe

kommen sollte. Auch die Sterbebegleitung im Hospiz muss mehr Menschen ermöglicht werden. Wenn aber ein Mensch nach Beratung und Ausschöpfen aller Möglichkeiten zu der Entscheidung kommt, seine ausweglose Krankheit nicht mehr ertragen zu können, gebührt dem jeder Respekt. Eine fachlich fundierte ärztliche Hilfe und Begleitung ist dann ein Gebot der Menschenwürde. Solange aber ärztliche Hilfe durch Standesrecht und Standesethik ausgeschlossen ist, sind verzweifelte Patienten gezwungen, ihren Wunsch unter unmenschlichen Umständen, ohne Beratung und Hilfe, oft einsam oder gewaltsam herbeizuführen.

Für viele Sterbenskranke ist der Arzt ein langjähriger Begleiter und eine Vertrauensperson. Gerade an ihn muss sich ein Mensch mit seinem Wunsch zu sterben wenden können. Die Voraussetzungen müssen klar beschrieben sein: schwere irreversible Erkrankungen, umfassende Beratung, Vier-Augen-Prinzip, Ausschluss psychischer Erkrankungen, Volljährigkeit.

Wichtig ist auch, dass die ärztliche Beihilfe eine freiwillige Gewissensentscheidung des Arztes bleibt und nicht vergütet wird. Dann sind Patienten auch nicht mehr kommerziellen Sterbehilfevereinen ausgeliefert oder müssen Angehörige in Konfliktsituationen bringen. Das Sterben darf nicht zum Geschäft werden, deswegen lehne ich kommerzielle Sterbehilfevereine ab.

Zurzeit beschäftigen sich die einzelnen Gruppen mit der Ausarbeitung Ihrer Anträge. Die parlamentarische Beratung beginnt im Januar/Februar 2015 mit der ersten Lesung und soll voraussichtlich im Herbst 2015 mit der 2./3. Lesung abgeschlossen werden.



Die Willenserklärung durch eine Patientenverfügung gibt es in Deutschland seit 2009

Foto: Lupo / pixelio.de

Info: Aktuelle Rechtslage und wichtige Begriffe

PASSIVE STERBEHILFE

Die passive Sterbehilfe (Sterbenlassen durch Unterlassen oder Abbruch lebensverlängernder Maßnahmen) ist seit 2010 erlaubt, wenn sie dem erklärten Willen des Patienten entspricht.

INDIREKTE STERBEHILFE

Indirekte Sterbehilfe (Inkaufnahme eines verfrühten Todes aufgrund einer schmerzlindernden Behandlung im Einverständnis mit dem Betroffenen) ist zulässig.

ASSISTIERTER SUIZID

Assistierter Suizid (Hilfe bei der Selbsttötung etwa durch Bereitstellen eines Giftes, das der Patient selbst zu sich nimmt) ist nicht verboten, kann aber strafbar sein als Mitwirkung an einem nicht freiverantwortlichen Suizid. Ein Strafbarkeitsrisiko besteht zum Beispiel, wenn der Arzt die Rettung eines handlungsunfähig gewordenen Sterbenden unterlässt.

AKTIVE STERBEHILFE

Die aktive Sterbehilfe (Töten auf Verlangen zum Beispiel mithilfe einer tödlichen Substanz) ist gemäß § 216 StGB strafbar. Sie ist weltweit nur in wenigen Ländern erlaubt, etwa in Belgien.

Europa ist mein Zuhause

Ein Plädoyer für mehr Europa von Praktikant Lukas Dürrnagel

Für die Einen ist die Europäische Union ein Zweckverbund souveräner Staaten, die sich in einer globalisierten Welt gegen wirtschaftlichen und politischen Einflussverlust wappnen. Für die anderen, zu denen ich mich selbst zähle, ist die EU in erster Linie ein Friedensprojekt und eine politische und kulturelle Wertegemeinschaft.

„PASSKONTROLLE“ Schon alleine das Wort gehörte für mich der Vergangenheit an, bis ich nach dem Abitur das erste Mal außerhalb der EU reiste. Danach begann ich mein Studium in Frankreich. Heute studiere ich in England. Wenn ich an Europa denke, kommt mir das Wort „Zuhause“ in den Sinn. Doch die offenen Grenzen, die Freizügigkeit, das Diskriminierungsverbot, sie sind kein Selbstzweck. Sie sind Ausdruck eines politischen Willens. Die große Chance der EU besteht darin, Menschen unterschiedlicher Nationalitäten einander näher zu bringen und das Bewusstsein für die gemeinsamen europäischen Werte zu stärken: Eine offene Gesellschaft, die individuelle Freiheit mit sozialem Ausgleich verbindet.



Lukas Dürrnagel studiert in London Politikwissenschaft und hat Katarina Barley bei ihrer Arbeit im Bundestag begleitet

„PLEITELÄNDER“ Ich habe 2012 und 2013 ein Jahr in Frankreich studiert und während dieser Zeit miterlebt, wie das Pochen auf Sparen durch die damalige deutsche Regierung als drakonisch, gar autoritär empfunden wurde. Auf der anderen Seite wurden gerade hierzulande Staaten, die die schwerwiegenden sozialen Einschnitte durch die Sparforderungen nicht hinnehmen wollten, als „Pleiteländer“ gebrandmarkt. Sie sollten gefälligst energischer auf die Einhaltung der Sparziele achten. Die ökonomische Wahrheit liegt hier vermutlich wie immer in der Mitte. Alleine die Rhetorik zeigt allerdings, wie nachhaltig der Zusammenhalt in Europa aus dem Gleichgewicht geraten ist.

„SPITZENKANDIDATEN“ Nach meinem Studienjahr in Frankreich bin ich Ende 2013 an eine Universität in England gewechselt und habe dort die Europawahlen 2014 miterlebt. Der angeblich europaweite Wahlkampf der beiden Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker und Martin Schulz um das Amt des Kommissionspräsidenten fand dort nicht statt. Als EU-Bürger wollte ich trotzdem von meinem Recht Gebrauch machen, in dem Land der Union zu wählen, in dem ich lebe. Dieses Recht gibt es. Ich musste jedoch feststellen, dass weder ein europäisch einheitliches Wahlrecht, noch europäische Parteien existieren. Der Wahlkampf in England war folglich von

nationalen Themen dominiert. Deshalb entschloss ich mich dazu, in Deutschland abzustimmen, da ich mich dort in der nationalen politischen Debatte besser informiert fühle. Mir wurde klar, dass es an einer europaweiten Demokratie fehlt. Gerade junge Europäer spricht diese in Nationalstaaten gegliederte Denkweise nicht mehr an, wenn es um Europa geht, da sie nichts mit unserer Lebensrealität zu tun hat. In meiner Vorstellung einer wirklich demokratischen EU sollte es bei den Europawahlen gemeinsame Listen der nationalen Parteien einer politischen Strömung geben. Oder besser gleich wahrhaft europäische Parteien. Dann wäre es wirklich gleichgültig gewesen, in welchem EU-Land ich dieses Jahr abgestimmt hätte. Ich denke, dass man nur so einen Wahlkampf und Parteiprogramme bekommt, die sich zuvorderst mit der Frage beschäftigen: „Was wollen wir für die EU als Ganzes?“ anstatt des momentanen „Was wollen wir aus der EU für unser Land herausholen?“.

„ZUHAUSE“ Europa ist schon jetzt mein Zuhause. Die Freiheiten, die mir die EU bietet, sind enorm. Mehr Menschen als bisher müssen jedoch erfahren, wie viel sie schon jetzt von der europäischen Einigung profitieren. Nur so kann diese auch in Zukunft weiter wachsen. Das geht, indem die EU sozialer und demokratischer wird – zwei Wörter, die die SPD im Namen trägt. Beste Voraussetzungen also.

Lukas Dürrnagel

IMPRESSUM

Berliner **Einblick:** – 28.11.2014 – Herausgeberin: Dr. Katarina Barley, MdB – Redaktion und V.i.S.d.P.: Marcel Piest [map] – Anschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – E-Mail: katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 28.11.2014

„Trierer Runde“ in Berlin

Fraktionsübergreifende Zusammenarbeit für die Region

Am 25. November kam die sogenannte „Trierer Runde“ – bestehend aus den Bundestagsabgeordneten der Region Trier Dr. Katarina Barley (SPD), Peter Bleser (CDU), Bernhard Kaster (CDU), Corinna Ruffer (Bündnis 90/Die Grünen), Patrick Schnieder (CDU) und Katrin Werner (DIE LINKE) erstmals zusammen. Auch in dieser Wahlperiode wird sich die Runde wieder regelmäßig treffen und spezifische Themen und Belange, die die Region Trier bewegen, diskutieren.



Die „Trierer Runde“ traf sich mit Bischof Dr. Stephan Ackermann zum Gespräch - v.l.n.r.: erste Reihe - Corinna Ruffer (Bündnis 90/Die Grünen), Bischof Dr. Stephan Ackermann, Peter Bleser (CDU), 2. Reihe - Katrin Werner (DIE LINKE), Bernhard Kaster (CDU), Dr. Katarina Barley (SPD), 3. Reihe - Patrick Schnieder (CDU)

Ein wichtiges Thema ist beispielsweise die Vielfalt der regionalen Infrastruktur, die aus unterschiedlichen Perspektiven besprochen wurde. Man sprach sich einhellig dafür aus, die Entwicklung des ländlichen Raumes zu fördern. Weiterhin wird auf der zukünftigen Agenda stehen, dass man im Rahmen von Gesprächen und Ortsterminen die Unterbringung von Flüchtlingen verfolgt und begleitet. Darüber hinaus soll an die vielfältigen politischen Felder der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in

der Region Trier-Luxemburg fraktionsübergreifend angeknüpft werden.

Die Einladung des Trierer Bischofs Dr. Stephan Ackermann zum Gespräch wurde von den Abgeordneten der Trierer Runde gerne angenommen. Für die Mitglieder der Trierer Runde ist es ein zentrales Anliegen, mit zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern der Region regelmäßig im Kontakt zu stehen, um die Anliegen vor Ort wahrzunehmen und in die politische Debatte in Berlin einfließen zu lassen.

Spendenaufruf:

www.wir-helfen-fluechtlingen.de

Weltweit sind über 50 Millionen Menschen auf der Flucht vor Menschenrechtsverbrechen, Gewalt und Terror. Die Flüchtlinge benötigen dringend unsere Solidarität und Hilfe. Insbesondere in der Region in und um Syrien ist die Lage dramatisch.

In der Region naht der Winter mit Temperaturen bis zu minus 30 Grad Celsius. Es müssen dringend winterfeste Unterkünfte bereitgestellt werden. Die aufnehmenden Kommunen in den Anrainerstaaten wie zum Beispiel der Türkei sind völlig überfordert mit der Situation. Die Welthungerhilfe kümmert sich um irakische und syrische Flüchtlinge in der Türkei. 630 Euro kostet ein winterfestes Zelt, 120 Euro ein Heizofen.

Jede kleine Spende hilft! Ich selbst habe mich beteiligt und bitte um Unterstützung unter:

www.wir-helfen-fluechtlingen.de

Kampagne „Stoppt Hass-Propaganda!“

„Ich unterstütze die Kampagne ‚Stoppt Hass-Propaganda! Erst prüfen, dann teilen‘, weil ich einen Beitrag dazu leisten will, dass niemand mehr auf rechtsradikale Fake-Posts und



STOPPT
Hass-Propaganda!

Hass-Propaganda jeder Art im Internet hereinfällt. Um dieses Ziel zu erreichen, sind Aufklärung und Sensibilisierung im Social Web nötig. Diese Kampagne kann einen wichtigen Baustein für mehr Medienkompetenz im Netz leisten und hat deshalb meine volle Unterstützung.“

www.stoppt-hasspropaganda.de